

Frieden für Israel und Palästina

Deutsche Nahost-Politik im Schatten der „Vergangenheit“

EDITORIAL

Der Nahost-Konflikt scheint auch heute noch, fast 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, untrennbar mit der Shoah verbunden zu sein. Als historisches Trauma wirkt der Holocaust in unterschiedlichen Deutungen im kollektiven Geschichtsverständnis beider Konfliktparteien nach.

In der deutschen Debatte spielt die Verharmlosung oder gar Leugnung der Shoah zwar keine Rolle mehr, aber auch hier finden sich äußerst fragwürdige Interpretationen. So stimmten z.B. in Umfragen zwischen 2003 und 2008 bis zu 70% der Bevölkerung einer Israelkritik zu, die das Land auf eine Stufe mit den Untaten des NS-Regimes stellte. Unabhängig von solchen höchst verdächtigen Entstellungen bleiben die Frage und die Kontroverse darüber legitim, welche konkreten Folgerungen sich aus den nationalsozialistischen Verbrechen für die deutsche Haltung im Nahost-Konflikt ergeben.

Inwieweit ist die Shoah eine oder gar die zentrale historische Ursache für den Nahost-Konflikt? Was bedeutet die moralische Pflicht Deutschlands, an der Seite Israels zu stehen? Und was heißt eigentlich „Solidarität mit Israel“?

Gert Krell entwirrt in seinem Standpunkt das Dickicht von Schuld und Verantwortung, Ursachen und Folgen. Er zeichnet die Geschichte des Nahost-Konflikts nach, glättet Verzerrungen und stellt Radikalisierungen auf den Boden der Tatsachen zurück. So kann er schließlich fundierte Empfehlungen geben, wie eine verantwortungsbewusste deutsche Israelpolitik aussehen sollte, die mithilft, den Weg freizumachen für Frieden in Israel und Palästina. *Karin Hammer*



Scheint der Friedensprozess auch seit Jahren von einer Sackgasse in die nächste zu fahren, Friedensinitiativen „an der Basis“ finden auf beiden Seiten der Bevölkerung Zuspruch. Das zeigt, dass es noch ein anderes Israel und ein anderes Palästina gibt. Hier reißen Israelis und Palästinenser gemeinsam symbolisch die Trennmauer bei dem Dorf Al-Walajah ein. Foto: Abdruck mit freundlicher Genehmigung von H. Dieter, Projekt „Ferien vom Krieg“, Komitee für Grundrechte und Demokratie

Gert Krell

Der chronische Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern steuert wieder einmal auf eine diplomatische Entscheidungs- oder auch Krisensituation zu. Der Friedensprozess stagniert und Mahmud Abbas, der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, setzt auf die Ausrufung eines palästinensischen Staates in der West-Bank und im Gaza-Streifen mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Im September will er auf einer Sitzung der UN-Vollversammlung einen Antrag auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen stellen. Ein solcher Antrag hätte zwar in erster Linie symbolische Funktion. Er würde die Situation vor Ort erst einmal nicht verändern, und die Aufnahme neuer Mitglieder bedürfte einer Empfehlung des Sicherheitsrates, die

von den Veto-Mächten blockiert werden kann. Immerhin stehen die Aussichten für eine deutliche Mehrheit in der Generalversammlung gut, denn die Ungeduld mit der israelischen Siedlungspolitik nimmt weltweit zu. Auch in Europa gibt es Sympathien für das palästinensische Vorhaben, aber es wird kontrovers diskutiert. Trotz der genannten Einschränkungen scheint die Strategie der palästinensischen Führung ein wichtiges politisches Druckmittel zu sein, vielleicht zurzeit das einzige ihr verbliebene, das sie gegen die israelische Besatzung und die Blockaden im Friedensprozess noch in Stellung bringen kann. Die israelische Regierung ist strikt gegen den Antrag und baut auf ein Veto der USA. Für diesen Fall hat ein führender saudi-arabischer Politiker eine dramatische Entfremdung in den amerikanisch-saudischen Beziehungen angekündigt.

Zeittafel

1888-1903	Erste zionistische Einwanderungswelle nach Palästina
2. November 1917	Balfour-Erklärung In einem Schreiben an Lord Rothschild erklärt der britische Außenminister, Lord Arthur Balfour, dass die britische Regierung die Etablierung, in Palästina, einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ mit Wohlwollen betrachte und mit Nachdruck fördern wolle.
24. Juli 1922	Der Völkerbundsrat überträgt das Mandat (eine Art Treuhänderschaft) über Palästina, das früher zum Osmanischen Reich gehörte, an Großbritannien, einschließlich der Verantwortung für die Umsetzung der Balfour-Erklärung.
1932-1938	Fünfte Alijah
1936-1939	Arabischer Aufstand in Palästina gegen britische Mandatspolitik und jüdische Einwanderung; von Großbritannien vollständig niedergeschlagen
1947	Exodus-Affäre Die britische Marine bingt am 19. Juli die Exodus, ein mit jüdischen Flüchtlingen voll beladenes Schiff, vor Palästina auf und schließlich in die britische Zone in Deutschland zurück, was international allgemein als Skandal angesehen wird.
29. November 1947	UN-Resolution über die Teilung Palästinas
1944-1947	Jüdischer Terror gegen britische Soldaten und Einrichtungen
1947-1948	„Bürger“-Krieg zwischen Juden und Arabern
1948-1949	Erster israelisch-arabischer Krieg, israelischer Unabhängigkeitskrieg; Etablierung der „Grünen Linie“

Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, die treuesten Verbündeten Israels, suchen fast verzweifelt nach einer Alternative, die nur heißen könnte: aussichtsreiche neue Friedensverhandlungen. So warnte Präsident Barack Obama in seiner Grundsatzrede zur Nahostpolitik der USA am 19. Mai dieses Jahres zwar vor Versuchen, Israel zu delegitimieren; symbolische Handlungen, mit denen es bei den Vereinten Nationen im September isoliert werden sollte, seien nicht dazu geeignet, einen unabhängigen palästinensischen Staat zu schaffen. Zugleich aber forderte er Israel nachdrücklich zu mutigen Schritten auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden auf; die jüngsten politischen Veränderungen in den arabischen Ländern machten eine Lösung des Nahost-Konflikts nur noch dringlicher. Die Themen Sicherheit und Territorium sollten am Beginn neuer Verhandlungen stehen, Grundlage für die Diskussionen sollten die Grenzen von 1967 sein.

Benjamin Netanjahus Antwort vor dem amerikanischen Kongress am 24. Mai ließ jedoch nicht erkennen, dass der gegenwärtige

israelische Premierminister und die ihn tragende Koalition bereit wären, sich Obamas Vorschläge zu eigen zu machen. Seine Rede traf zwar die Gefühlslage des US-Kongresses, aber in der Substanz war sie eine eindeutige Absage an die Prinzipien, die der amerikanische Präsident formuliert hatte. Eine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 komme nicht in Frage. Die Siedlungen seien kein Problem für den Frieden, Israel werde einen großen Teil von ihnen behalten, und Jerusalem bleibe die ungeteilte Hauptstadt des Landes. Yossi Sarid, ehemaliger israelischer Erziehungs- und Umweltminister, bezeichnete Netanjahus pathetisch-nationalistische Rede als „eine surrealistische Vorführung im Orwellschen Stil“ und fragte sich, ob die amerikanischen Senatoren und Abgeordneten, die immer wieder stehend applaudiert hatten, auf dem Mond lebten (Haaretz online, 25.5.2011). Viele Journalisten weltweit sahen in Netanjahus Auftritt einen erneuten Beweis dafür, dass er seiner alten Position als Gegner des Friedensprozesses treu geblieben sei. Verhandlungen auf dieser Grundlage seien sinnlos, mit ihm

werde sich keine Zweistaatenlösung vereinbaren lassen.

Die Dilemmatik der deutschen Haltung

Auch Angela Merkel ist gegen Abbas' Pläne; die Kanzlerin teilte ihm bei seinem Besuch in Berlin am 5. Mai mit, die Bundesrepublik setze auf den Verhandlungsprozess, einseitige Schritte hülfe nicht weiter. Damit steht die deutsche Regierung vor demselben Problem wie Barack Obama. Sie unterstützt eine israelische Regierung, nicht zuletzt um deren Isolierung in der UNO zu verhindern, von der sie weiß, dass sie in die Verhandlungen, auf die Berlin setzt, wenig Flexibilität einbringt. Stimmt Deutschland im September mit einer voraussichtlich nur noch kleinen Minderheit gegen die Aufnahme Palästinas in die VN ohne erkennbare Fortschritte bei den Gesprächen, hat sie nichts für den Frieden erreicht und gleichzeitig ihre Glaubwürdigkeit für ein faires Engagement im Nahost-Konflikt in Frage gestellt. Es verwundert deshalb nicht, dass die Kanzlerin in der Bundestagsdebatte zum Thema am 26. Mai fast schon isoliert war.

Nun steht die Bundesrepublik Deutschland zweifellos in einem besonders engen Verhältnis zu Israel. Im diplomatischen Verkehr nimmt sie – ähnlich wie die USA, wenn auch mit deutlich weniger Gewicht – den jüdischen Staat häufig gegen Vorwürfe in Schutz. In politischen Kontroversen über den Nahost-Konflikt in Europa, in den transatlantischen Beziehungen oder in den VN wirbt sie für israelische Interessen, insbesondere um Verständnis für das israelische Sicherheitsbedürfnis; zugleich bemüht sie sich, Druck auf Israel ganz zu vermeiden oder wenigstens abzuschwächen. Auf dieser Grundlage äußert sie allerdings nunmehr seit Jahrzehnten *auch* Kritik an der kontinuierlichen Expansion der Siedlungen in der West Bank und an der israelischen Besatzung.

Die besondere deutsche Verantwortung für die Existenz und die Sicherheit des Staates Israel ergibt sich nicht nur aus einer über Jahre gewachsenen freundschaftlichen Verbindung, sondern vor allem aus den schweren und historisch einzigartigen Verbrechen Hitler-Deutschlands, insbesondere der Ermordung von sechs Millio-

nen europäischen Juden. Zwar sterben die Täter und Mittäter allmählich aus; zugleich aber wird das wahre Ausmaß der aktiven Beteiligung und Mitwirkung der deutschen Eliten und weiter Teile der Bevölkerung an diesen Verbrechen immer deutlicher, tritt auch ihre Verdrängung und völlig unzulängliche Ahndung nach 1945, die so genannte Zweite Schuld, immer klarer zutage. Vor diesem Hintergrund gilt die Sicherheit Israels heute in allen etablierten Parteien nahezu ohne jede Einschränkung als Teil deutscher Staatsraison. Die Schwierigkeiten beginnen mit der Frage, wie denn Israels Existenz am besten zu sichern sei und was Solidarität mit dem jüdischen Staat konkret bedeutet, eine Frage, die natürlich auch in Israel und unter den Juden weltweit kontrovers diskutiert wird.

Zunächst einmal gilt es zu klären: Solidarität mit welchem Israel? Israel soll, so die selbstverständliche Lesart, in sicheren Grenzen leben können; dafür würden bei gegebenen Sicherheiten (z.B. ein Friedensvertrag mit Garantien und eventuell auch internationalen Beobachtungs- und Kontrollmaßnahmen) nach allgemeiner deutscher Auffassung die Grenzen von 1967 (u.U. mit verabredeten Korrekturen) ausreichen. Weitergehende Ansprüche, so wie sie Premierminister Netanjahu und die mit ihm verbundenen politischen Kräfte oder andere Personen und Gruppierungen in Israel immer wieder anmelden, sind nicht von der deutschen Staatsraison gedeckt. Was aber bedeutet es für das deutsche Verhältnis zu Israel, dass eine klare Trennung zwischen dem Kernland und den besetzten Gebieten gar nicht möglich ist, weil es enge materielle und ideologische Verbindungen zwischen den Siedlern, zahlreichen israelischen Institutionen und einem großen Teil des politischen Spektrums gibt?

Was heißt Solidarität mit Israel, wenn führende jüdische Intellektuelle innerhalb und außerhalb des Landes immer wieder betonen, es habe sich ein militärisch-bürokratisch-ideologischer Siedlungskomplex herausgebildet, der nicht nur die Entwicklungschancen der Palästinenser beeinträchtigt, sondern auch die Zukunft Israels gefährde? Müsste Solidarität dann nicht z.B. heißen, dem Appell israelischer Professoren, Künstler und Autoren – unter ihnen 15 TrägerInnen des Israel-Preises wie z.B. der Holocaust-Forscher Yehuda Bauer –

vom 21. April 2011 zu folgen, in dem sie alle friedens- und freiheitsliebenden Menschen und Nationen dazu aufrufen, die zu erwartende Unabhängigkeitserklärung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 zu begrüßen? Die vollständige Beendigung der Besatzung sei die Grundbedingung für die Befreiung *beider* Völker, für die Einhaltung der israelischen Unabhängigkeitserklärung und für die Unabhängigkeit des Staates Israel!

Die Güterabwägung wird nicht leichter dadurch, dass sich nicht einmal eindeutig festlegen lässt, welche außenpolitische Verantwortung sich für Deutschland aus dem Holocaust ergibt. Folgt daraus eine Verpflichtung zugunsten Israels oder zugunsten der Menschenrechte allgemein; analog zur Debatte in Israel zwischen einer Mehrheit, die betont, *Juden* dürften nie wieder Opfer eines Auschwitz werden, und einer Minderheit, die betont, so etwas wie *Auschwitz* dürfe sich nie wiederholen? In einem Interview meinte der israelische Regisseur Etgar Keret einmal, der Holocaust verleihe seinem Land keine Immunität. Es sei eine Pflicht für die Deutschen, die Welt zu einem sichereren Platz *für alle Menschen* zu machen, und nicht nur für Israelis. Es wäre sogar eine Art Missachtung der Holocaust-Toten, wenn er die Deutschen gegenüber Israel verstummen ließe. Moral bedeute nicht, höflich zu sein, sondern zu sagen, wenn etwas falsch sei (FR, 17.3.2008, 16). Die entschiedene Parteinahme für die Sicherheitsbedürfnisse und die Menschenrechte einer Gruppe dürfte also auch dann nicht zu Lasten der Rechte Dritter gehen, wenn diese Gruppe historisch in dramatischer Weise unter den Verfehlungen und Verbrechen der Vorfahren ihrer Fürsprecher gelitten hätte.

Hier zeigt sich ein generelles moralisches Dilemma deutscher Nahost-Politik, möglicherweise aber auch ein historisches, das bis zur NS-Zeit und dem Holocaust zurückreicht. Im arabischen und islamischen Kulturraum jedenfalls ist bis heute die Einschätzung weit verbreitet, letztendlich seien die Palästinenser über die Staatsgründung Israels, die als eine Konsequenz des Holocaust gedeutet wird, Folgeopfer des europäischen Antisemitismus und speziell des nationalsozialistischen Rassenwahns geworden. In Israel stößt die Herstellung eines solchen Zusammenhangs, vor allem wenn

Zentrale Begriffe

Alijah: Einwanderungswelle (wörtlich: Aufstieg).

Al-Nakba: die Verdrängung, Enteignung und Vertreibung der Palästinenser aus ihren angestammten Wohnsitzen in den von Israel beanspruchten und eroberten Gebieten während des israelisch-arabischen Krieges 1948-49 (wörtlich: Katastrophe, großes Unglück).

Displaced Persons (DPs): während des Zweiten Weltkrieges heimatlos gewordene Menschen; der Begriff umfasst insbesondere nach Deutschland verschleppte Zwangsarbeiter, meist aus Ostmittel- und Osteuropa, die Überlebenden der Konzentrationslager und aus ihren Heimatländern geflüchtete oder vertriebene Menschen (wörtlich: Entwurzelte oder Menschen, die nicht mehr an ihrem Heimatort leben).

Jischuw: die jüdische Gemeinschaft im vorstaatlichen Palästina (wörtlich: Siedlung, Niederlassung).

Shoah: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden während der Zeit des Nationalsozialismus (wörtlich: großes Unglück).

Motive für die Einwanderung nach der Staatsgründung

„Nicht alle, die nach Israel einwanderten, wollten wirklich dort leben; viele kamen, weil sie keine andere Wahl hatten. Einige kamen, weil sie Zionisten waren und glaubten, dass sie als Juden nach Israel gehörten. [...] Andere wurden wegen des Holocaust oder wegen der Gründung des Staates Israel oder aus beiden Gründen Zionisten oder überzeugtere Zionisten. Einige ließen sich durch die propagandistischen Anstrengungen der zionistischen Bewegung in ihren Ländern von der zionistischen Idee überzeugen. [...] Für manche war die Auswanderung nach Israel eine religiöse Handlung, [...] andere folgten einfach ihren Freunden und Verwandten. Die Bewegung war ansteckend. Einige gingen, weil sie Angst hatten, allein zurückzubleiben, wenn die anderen gegangen waren, und wieder andere gingen, weil es keine Gemeinschaftseinrichtungen mehr gab, die ihnen ein Gefühl der Sicherheit und Zugehörigkeit vermittelt hätte. [...] In Osteuropa breitete sich der Stalinismus immer weiter aus, und die jüdischen Geschäftsleute fürchteten um ihre Existenz. Einige waren aus ideologischen Gründen Gegner des Stalinismus und befürchteten, unter seiner Herrschaft Opfer von Verfolgung und Unterdrückung zu werden. [...] Auch in den arabischen Ländern wollten manche Juden gezielt nach Israel auswandern, und andere wanderten nur aus, weil sie verfolgt wurden oder im Elend lebten oder gar hungerten. Sowohl in Europa als auch in den arabischen Ländern gab es Juden, die wohl emigrieren wollten, aber nicht unbedingt nach Israel. Wenn sie gekonnt hätten, wären sie in ein anderes Land gegangen.“

Tom Segev: Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates, München 2008, S. 152-154.

er von Deutschen übernommen wird, aus naheliegenden Gründen vielfach auf Unverständnis oder entschiedene Ablehnung, zumindest aber auf Unbehagen. Die These manipuliere die deutschen Schuldgefühle (denn *die Juden* waren die Opfer der Deutschen, nicht die Palästinenser) und relativiere die *Shoah* (der Völkermord an Millionen wehrloser Juden lässt sich nicht mit dem Heimatverlust der Palästinenser vergleichen, der das Ergebnis eines bewaffneten Konflikts war), ja sie vertausche die Rollen von Tätern und Opfern zugunsten der palästinensischen Seite, deren Kollaboration mit den Nazis völlig ausgeblendet werde.

In solchen Reaktionen wird freilich übersehen, dass es der genannten Argumentation keineswegs um eine Aufkündigung deutscher Verantwortung gegenüber den Juden oder Israel geht, sondern um ihre Erweiterung; etwa in dem Sinne, wie es der Historiker und Orientalist Alexander Schölch einmal formuliert hatte: „Ein Erbe, welches das Dritte Reich den Deutschen hinterlassen hat, ist die Verstrickung in den Palästina-Konflikt. Was die Entstehung des Staates Israel als Folge (...) der Judenverfolgung und schließlich des systematischen Völkermords (...) anbelangt, so wurde das Erbe als Verpflichtung weitgehend angenommen. Was

die direkten Folgen der Gründung eines jüdischen Staates in Palästina anbelangt, insbesondere den Exodus der palästinensischen Araber, so wurde das historische Erbe weitgehend zurückgewiesen, indem man sich weigerte, den Zusammenhang zu sehen.“¹

Schölch handelte sich damals mit seinem Text den Vorwurf des Antisemitismus ein; eine absurde Kritik, denn der Zusammenhang zwischen der NS-Zeit, dem Holocaust und dem Nahost-Konflikt wird überall, auch in Israel, seriös wenn auch kontrovers diskutiert. So heißt es z.B. bei Fritz Stern, dem großen amerikanischen Historiker deutscher Herkunft, in seiner faszinierenden und bewegenden Autobiographie: „Der Holocaust hatte den zionistischen Anspruch auf einen jüdischen Staat, auf Israel, moralisch unausweichlich und zu einer physischen Notwendigkeit gemacht, aber die Palästinenser, die 1948 ihre Heimat verloren, waren ebenfalls seine indirekten, nicht genügend anerkannten Opfer.“² Es bleibt also zu prüfen, ob sich die allgemeinen politischen und moralischen Konsequenzen aus dem Holocaust, über die es im Grundsatz keine Differenzen geben kann, in der Prämisse umstandsloser Solidarität mit Israel erschöpfen, oder ob nicht nur die schon genannten Komplikationen, sondern auch

die Geschichte des Nahost-Konflikts und die Analyse seiner historischen Ursachen weitere Überlegungen erfordern.

Bei dieser historischen Prüfung geht es zunächst um das historische Dreieck zwischen nationalsozialistischem Deutschland, Juden und Arabern, soweit es für den Nahost-Konflikt relevant ist. Dabei stehen zwei Argumentationslinien im Vordergrund, die spiegelbildlich von den beiden Haupt-Konfliktparteien immer wieder vorgebracht werden. Auf die arabische oder iranische Klage, der Westen habe – aus schlechtem Gewissen gegenüber dem Holocaust – mit der Teilung Palästinas den Arabern, die dafür mit dem Verlust ihrer angestammten Heimat bezahlen mussten, die Juden gleichsam aufgezwungen, antworten israelische Nationalisten oder auch radikale (Pro-)Zionisten außerhalb Israels häufig, für die Eskalation des Konflikts seien arabischer Antisemitismus und insbesondere arabische Kollaboration mit dem nationalsozialistischen Massenmord an den Juden verantwortlich. Im Folgenden werden diese beiden Argumentationslinien im Lichte der historischen Forschung analysiert, um schließlich Folgerungen aus der deutschen „Vergangenheit“ für die Nahost-Politik der Bundesrepublik zu formulieren.

Nazi-Zeit, Holocaust und die Gründung des Staates Israel

Westliche Vertreter eines solchen Zusammenhangs betonen, über den Auswanderungsdruck auf die deutschen Juden in den 1930er Jahren und durch den Holocaust habe der Nationalsozialismus *indirekt* zur Zuspitzung des Nahost-Konflikts und zur Staatsgründung Israels beigetragen.

Jüdische Einwanderung in Palästina

In der Tat galt die fünfte *Alijah* zwischen 1932 und 1939, unter der sich der Anteil der jüdischen Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet Palästina von rund 18% auf etwa 30% erhöhte, den Zeitgenossen als deutsche Einwanderungswelle. Aber der Eindruck täuschte: Zwar war der Anteil deutscher Juden an der Einwanderung ab 1933 sprunghaft von 2,5 auf 25% gestiegen; doch auch in

den dreißiger Jahren kam die große Mehrzahl der Immigranten, nämlich 75%, *nicht* aus Deutschland, sondern aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern – also aus Staaten, die (noch) nicht zum Herrschaftsbereich des Nationalsozialismus gehörten. Noch 1936 meinte Chaim Weizmann, der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, die „deutsche Frage“ sei ihrem Umfang nach „viel kleiner“ als die polnische.³ Ende der dreißiger Jahre waren die deutschen Juden immer noch eine kleine Minderheit im *Jischuw*, und während des Weltkrieges gelang überhaupt nur etwa 16-20 000 Juden die Flucht nach Palästina.

Nach 1945 ging etwa ein Drittel der europäischen Juden, die den Holocaust und den Weltkrieg überlebt hatten, in die USA und etwa zwei Drittel nach Palästina; wegen der Einwanderungs-Restriktionen durch die Mandatsmacht Großbritannien bis zur Staatsgründung Israels zunächst meist illegal. Unter diesen Einwanderern waren Tausende polnischer Juden, die 1941 vor der SS nach Zentralasien geflohen waren oder aus dem sowjetischen *Gulag* entlassen wurden. Sie fanden in ihrer alten Heimat äußerst unwirtliche Verhältnisse vor: Familien waren nicht mehr auffindbar, Wohnungen und Häuser wurden von anderen „Besitzern“ in Anspruch genommen, die keine Anstalten machten, ihren neuen Besitz wieder freizugeben; ja Leib und Leben waren aufgrund antisemitischer Pogrome in Gefahr. Auch andere osteuropäische Juden sahen sich genötigt, ihre Heimat zu verlassen. So führte in Rumänien die Einführung des kommunistischen Systems 1947 ebenfalls zu einer großen Flüchtlingswelle.

In der israelischen Forschung wird deshalb kontrovers diskutiert, inwieweit man die Einwanderung in den ersten Nachkriegsjahren noch dem Holocaust zurechnen kann. Unumstritten ist dagegen, dass Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden die Entschlossenheit des *Jischuw* ebenso wie der Überlebenden, die jetzt hinzukamen, einen eigenen Staat zu gründen und ihn mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen, ganz entscheidend gefördert hat. Aber für das Projekt eines jüdischen Staates ergab sich aus den Massenmorden eine grausame Paradoxie: Was würde eine solche Zufluchtsstätte nützen, wenn es nicht mehr genug Juden gab, die noch Zuflucht suchen konnten? Man kann also auch die

These vertreten, der zufolge der Holocaust die Bildung einer dauerhaften „jüdischen Heimstätte“ in Palästina eher behindert als beschleunigt habe. Israel sei nicht *wegen*, sondern *trotz* des Holocaust entstanden: „There were almost not enough Jews left to fight for a state“, schreibt Yehuda Bauer.⁴ Zwar hatte der Holocaust die Position der Zionisten gegenüber Strömungen im Judentum, die auf Emanzipation in ihren jeweiligen Heimatländern und nicht auf einen eigenen jüdischen Staat setzten, entscheidend gestärkt, zugleich aber hatte er sie durch den millionenfachen Mord an den osteuropäischen Juden ihrer größten potenziellen Stütze beraubt.

In diesem Zusammenhang wäre auch darauf hinzuweisen, dass die umfangreichste Einwanderung von Juden aus Europa und dann auch aus arabischen Ländern, ja aus aller Welt, erst *nach* der Staatsgründung und dem Krieg von 1948/49 erfolgte, und zwar wieder aus einer Reihe von Gründen, unter denen die NS-Zeit oder die *Shoah* nur einer von vielen waren.

Die Vereinten Nationen

Als Großbritannien die Entscheidung über die Zukunft seines Mandatsgebiets den Vereinten Nationen übertrug, musste die Weltgemeinschaft auch eine Lösung für den Konflikt zwischen Juden und Arabern finden. Bis heute wird kontrovers darüber diskutiert, in welchem Maße das UNO-Votum von 1947 zugunsten einer Teilung Palästinas vom Holocaust beeinflusst wurde. Zweifellos haben die *Shoah* und die schwierige Situation der Überlebenden bei der Entscheidung einer Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung eine wichtige Rolle gespielt. Der UNO-Ausschuss, der mehrheitlich den Teilungsplan erarbeitete (das von Jugoslawien, dem Iran und Indien formulierte Minderheitsvotum schlug einen föderativen Einheitsstaat unter arabischer Vorherrschaft vor), hatte sich sowohl in den Lagern der Alliierten für die *Displaced Persons* in Europa als auch vor Ort in Palästina umgesehen und informiert. Aber es sind auch andere Faktoren in Rechnung zu stellen – darunter politischer oder wirtschaftlicher Druck von Seiten der USA, Sympathien oder zumindest Respekt für den „antikolonialistischen Kampf“ des Ji-

Verteilung der jüdischen Weltbevölkerung 1900-2005

Um 1900 lebten 0,3 Prozent von 10,6 Millionen Juden weltweit in Palästina, 81% in Europa, 11% in Nord- und Südamerika

1939 von 16,7 Mio. 3% in Palästina, 58% in Europa, 32% in Nord- und Südamerika

1951 von 11,6 Mio. 12 % in Israel, 24% in Europa und 53% in Nord- und Südamerika

2005 von 13 Mio. 41 % in Israel und 12% in Europa, 46% in Nord- und Südamerika.

Mark Mazower: *Hitler's Empire. How the Nazis Ruled Europe*, New York-Toronto-London 2008, S. 600.

schuw gegen Großbritannien bei einigen Ländern der Dritten Welt und diplomatische Fehler der arabischen Seite. Schließlich hatte der Vorschlag einer Teilung des Mandatsgebiets angesichts der unvereinbaren Interessengegensätze zwischen den Konfliktparteien eine gewisse Plausibilität für sich, auch wenn die Hoffnung wahrscheinlich naiv war, damit eine gewaltsame Lösung verhindern zu können.

Großbritannien

In der Nahost-Politik des Vereinigten Königreichs spielte der Holocaust so gut wie keine Rolle. Großbritannien hatte zwar mit der Balfour-Erklärung von 1917 den Grundstein für den jüdischen Staat gelegt und bis 1939 die Zionisten in allen wichtigen Kontroversen im Mandatsgebiet unterstützt. Die Unterdrückung des palästinensischen Aufstands 1936-39 gewann dabei besondere Bedeutung. Je näher die Gefahr eines Krieges mit dem nationalsozialistischen Deutschland rückte, desto mehr bemühte sich Großbritannien jedoch, die Interessen der Araber zu berücksichtigen, um ihre Kooperation mit dem Dritten Reich zu verhindern. 1939 verfügte es strenge Begrenzungen für Landkauf und Einwanderung, und nach dem Ende des Krieges stellte es sich strikt gegen weitere jüdische Immigration in das Mandatsgebiet und versuchte, dieses Verbot diplomatisch und militärisch durchzusetzen (Stichwort: Exodus-Affäre). Das Vereinigte Königreich war jedoch zu schwach, um sein Empire auf neuer Grundlage einschließlich eines arabisch dominierten Gesamt-Palästinas noch einmal zu stabilisieren. Vom Krieg politisch und wirtschaftlich erschöpft und unter dem Druck des jüdischen Terrors zog es sich im Mai 1948 ganz aus Palästina zurück. Bei der entscheidenden Abstimmung in der Generalversammlung hatte es sich enthalten. Hinter den Kulissen unterstützte es jedoch die Annäherung zwischen dem *Jischuw* und König Abdullah von Transjordanien und damit dessen Pläne für eine Annexion der West Bank.

Die USA

Die politische Führung der USA war – das ist aus heutiger Sicht erstaunlich – keines-

wegs einheitlich oder durchgängig für einen jüdischen Staat. In der Truman-Regierung gab es starken Widerstand dagegen, in erster Linie aus strategischen Überlegungen (das arabische Öl), aber auch wegen des Selbstbestimmungsprinzips, das durch den Teilungsplan verletzt wurde. Präsident Truman hatte auch gesellschaftliche Faktoren zu berücksichtigen wie die jüdische Wählerschaft in Schlüsselstaaten der Union und breite Sympathien für das zionistische Anliegen. Aufgrund des Holocaust wurde das Projekt eines jüdischen Staates in Palästina inzwischen nicht mehr nur von den Zionisten, die auch in den USA traditionell eine Minderheit unter den Juden gewesen waren, sondern von den amerikanischen Juden insgesamt nahezu einhellig befürwortet, und es stieß auf Zuspruch oder sogar aktive Unterstützung in weiten Teilen der übrigen amerikanischen Bevölkerung. Das Plädoyer für einen jüdischen Staat war dabei nicht ganz uneigennützig, denn die Bereitschaft, die restriktiven Einwanderungsbestimmungen der USA zugunsten jüdischer Flüchtlinge und Überlebender zu lockern, war demgegenüber deutlich geringer ausgeprägt.

Präsident Truman votierte am Ende für die Teilung Palästinas, und zwar gegen den Rat seiner Fachminister. Dafür war eine Mischung aus moralischen und pragmatischen innen- wie außenpolitischen Überlegungen maßgebend. Ein wichtiger Aspekt war, einen Platz für die Holocaust-Überlebenden in den amerikanischen Lagern in Europa zu finden. Unter den machtpolitischen Gründen hatten das größte Gewicht der „Bürger“-Krieg in Palästina und der aufziehende Ost-West-Konflikt mit der Sorge vor sowjetischer Einflussnahme im Nahen Osten.

Die Sowjetunion

Angesichts der späteren und allgemein vertrauten Ost-West-Konstellation des Kalten Krieges, mit den USA an der Seite Israels und der Sowjetunion als Patron des arabischen Nationalismus, ist die herausragende Bedeutung der UdSSR für die Entstehung des Staates Israel heute nur noch wenig bekannt. Die Sowjetunion hat sich zur Überraschung aller Beteiligten in den Beratungen der UNO 1947 nicht nur entschieden zugunsten eines jüdischen Staates

ausgesprochen, sie hat die Gründung Israels auch diplomatisch und indirekt sogar militärisch unterstützt. Die Lieferungen leichter und schwerer Waffen aus der Tschechoslowakei, die noch vor der Machtübernahme der Kommunisten begannen und nach dem Prager Putsch von 1948 fortgesetzt wurden, waren wahrscheinlich sogar kriegsentscheidend.

Nun hat die sowjetische Diplomatie in der UNO ausdrücklich auf den Holocaust als Legitimation für einen jüdischen Staat verwiesen. Gegen diese Begründung spricht aber, dass sich die UdSSR dem Schicksal der Juden gegenüber ansonsten eher opportunistisch verhalten und in ihrem eigenen Herrschaftsbereich eine häufig antizionistische, vielfach auch judenfeindliche Politik betrieben hat. Das überragende Motiv für die sowjetische Nahost-Politik in den ersten Nachkriegsjahren war ein realpolitisches: Durch den Kampf des *Jischuw* gegen die araberfreundliche Endphase der britischen Mandatspolitik war der Zionismus für die UdSSR „von einem Instrument *des* Imperialismus zu einem Instrument *gegen* den Imperialismus“ (Heinemann-Grüder) geworden. Dabei spielte eine Zeitlang auch die (Fehl-)Wahrnehmung einer ideologischen Nähe zwischen zionistischem und sowjetischem Sozialismus eine Rolle.

Für die realpolitische Interpretation spricht auch die weitere Entwicklung, denn das Klima zwischen Israel und der UdSSR verschlechterte sich im Zuge der Eskalation des Kalten Krieges sehr bald. Ab 1949 kamen in der sowjetischen Presse Meldungen auf, denen zufolge der Zionismus ein Instrument des Imperialismus im Nahen Osten sei und sogar in anderen Teilen der Welt der „Wühl­tätigkeit der anglo-amerikanischen Kriegstreiber“ diene. Mit Waffenlieferungen an Ägypten und an Syrien vollzog die Sowjetunion schließlich Mitte der 1950er Jahre endgültig einen realpolitischen Schwenk auf die arabische Seite.

Das NS-Regime, die Araber und der Nahost-Konflikt

Kritiker der bisher diskutierten Variante des Zusammenhangs zwischen *Shoah* und Nahost-Konflikt argumentieren zum Teil, der zentrale Grund für den Nahost-Konflikt sei immer schon der arabische Antisemitis-

mus gewesen, gegen den sich die Juden von Anfang an hätten verteidigen müssen. Einige Autoren behaupten sogar, ohne den von den Nazis unterstützten und angeheizten arabischen Extremismus wäre eine friedliche Regelung des Konflikts zwischen den jüdischen Einwanderern und den ortsansässigen Arabern möglich gewesen.

Zweifellos versuchte das nationalsozialistische Deutschland mit Beginn des Zweiten Weltkrieges, sich den arabischen Nationalismus zunutze zu machen. Diesen Bemühungen standen freilich einige Hindernisse entgegen: einmal der Kolonialismus Vichy-Frankreichs, das bis zur Landung angelsächsischer Truppen in Nordafrika 1942 bzw. bis zur Befreiung 1944 mit Deutschland verbunden war; zum Zweiten die kolonialistischen Ambitionen des faschistischen Italien und drittens der Herrenrassismus der Nazis, der ja die Araber nicht aussparte. Gleichwohl stieß Hitler-Deutschland im arabischen bzw. islamischen Raum durchaus auf Sympathien, und zwar vor allem in Ländern, die noch britisch kontrolliert waren. Dabei gilt es allerdings zwischen opportunistischen Kalkülen, realpolitischer Interessenübereinstimmung und ideologischer Kollaborationsbereitschaft zu differenzieren.

Reaktionen der Araber auf das NS-Regime

Eine neuere grundlegende Untersuchung über die Araber und den Holocaust (Achar 2010) unterscheidet zwischen vier Hauptströmungen, die unterschiedlich auf den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg reagierten: (1) die westlich orientierten Liberalisierer, die trotz des europäischen Kolonialismus auf der Seite der Alliierten blieben; (2) die Marxisten, die sich an der sowjetischen Haltung orientierten, aber durch den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 und später durch die kurzfristige sowjetische Unterstützung des *Jischuw* bzw. Israels in Legitimationsnöte gerieten; (3) die Nationalisten und (4) die fundamentalistischen Pan-Islamisten, die beiden Gruppierungen mit dem größten Anhang.

Unter den nationalistischen Gruppierungen gab es in mehreren arabischen Ländern faschistische Bewegungen, die

aber insgesamt keine entscheidende Rolle spielten und auch nicht alle antisemitisch waren. (Faschistische Tendenzen gab es übrigens auch im *Jischuw*, wo sich Teile der revisionistischen Zionisten eine Zeitlang am italienischen Vorbild orientierten.) Viel wichtiger waren die nicht-faschistischen Nationalisten, von denen sich einige von Deutschland Hilfe im Kampf gegen den britischen Kolonialismus und die zionistische Landnahme erhofften. Die stärkste ideologische Affinität bestand freilich bei den fundamentalistischen Pan-Islamisten, und zwar wegen der partiellen Übereinstimmung zwischen ihrem religiös begründeten Antijudaismus und dem rassistischen Antisemitismus der Nazis. Durch die zionistische Landnahme und den sich daraus entwickelnden Nahost-Konflikt öffnete sich dieser pan-islamistische Antijudaismus, der sich politisch zuerst in den 1920er Jahren artikulierte, dem zunächst von Christen vermittelten europäischen Antisemitismus und dann auch der nationalsozialistischen Judenfeindschaft. Daraus folgte nicht zwingend ein Bündnis mit Hitler-Deutschland, wie das Beispiel Saudi-Arabiens zeigt. Dessen König Abdul Aziz, ein entschiedener Judenfeind, zählt zwar zu den Begründern des reaktionären Islamismus, aber die Verbindung mit Deutschland blieb ein kurzer Flirt. Das machtpolitische Kalkül sprach für die Beibehaltung des Bündnisses mit Großbritannien bzw. den USA.

Die Kollaboration des Mufti von Jerusalem

Der arabisch/islamische Kollaborateur par excellence mit dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien war ein anderer Begründer des fundamentalistischen Pan-Islamismus, nämlich Muhammad Amin al-Husseini, palästinensischer Nationalist und zugleich rabiater muslimischer Antijudaist und Antisemit. Als Mufti von Jerusalem war al-Husseini ein führender Repräsentant der islamischen Welt, als Vorsitzender des Obersten Arabischen Komitees zugleich eine Art Sprecher der palästinensischen Araber, bis er sich 1937 der britischen Verhaftung durch Flucht entzog. Amin al-Husseini, von seinen Anhängern häufig „Schwert des Islam“ genannt, hat die Nähe zu den faschistischen

Kompromissloser Antijudaist und Antisemit

„(Die Juden) leben wie Schmarotzer unter den Völkern, saugen ihr Blut aus, unterschlagen ihre Güter, verderben ihre Sitten, verlangen aber trotzdem die Rechte der einheimischen Bewohner. (...) Dieses Volk, welches die Welt seit alters her geplagt hat, ist der Feind der Araber und des Islams seit dessen Bestehen. (...)“

Den Arabern im Besonderen und den Mohammedanern im Allgemeinen obliegt es, sich ein Ziel vorzunehmen, von dem sie nicht abweichen und das sie mit allen ihren Kräften erlangen müssen. Es ist die Vertreibung aller Juden aus allen arabischen und mohammedanischen Ländern. Dies ist das einzige Heilmittel, und es ist das, was der Prophet vor 13 Jahrhunderten getan hat. (...)“

Deutschland kämpft auch gegen den gemeinsamen Feind (...) Es hat die Juden genau erkannt und sich entschlossen, für die jüdische Gefahr eine endgültige Lösung [sic] zu finden, die ihr Unheil in der Welt beilegen wird. (...) Unsere Freundschaft mit Deutschland ist keine Gelegenheitsfreundschaft, die auf gegenwärtigen Umständen beruht, sondern ist das Resultat der gemeinsamen Interessen beider Nationen und ihrer einheitlichen Haltung gegenüber einem gemeinsamen Feind in einem Kampfe.“

Aus der Berliner Rundfunkansprache des Mufti von Jerusalem für die arabischen Länder vom 2. November 1943 (offizielle deutsche Übersetzung), in: Gerhard Höpp, Mufti-Papiere. Briefe, Memoranden, Reden und Aufrufe Amin al-Husainis aus dem Exil, 1940-1945, 2. Aufl., Berlin 2004, S. 192-197.

Mächten zunächst aus ideologischen Gründen gesucht und schlug sich dann, nach dem ersten britischen Teilungsplan für Palästina, auch bündnispolitisch auf die Seite Deutschlands, mit dem er bis zum Ende des Krieges eng zusammenarbeitete. So hat er sich, in Berlin residierend und vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehalten, auch mit Heinrich Himmler gemein gemacht und sich an der Aufstellung muslimischer Divisionen der Waffen-SS auf dem Balkan beteiligt. Seine propagandistischen Reden für die arabische Welt lassen an seiner politischen und ideologischen, radikal antisemitischen Komplizenschaft nicht den geringsten Zweifel.

Auch über al-Husseini hinaus spielte und spielt Judenhass im arabischen Nationalismus wie im politisierten islamischen Fundamentalismus eine nicht unerhebliche, aber in Größenordnung und Relevanz kontrovers zu diskutierende Rolle. Spätestens nach der Gründung Israels wurde der Antisemitismus zu einem Kampfmittel panarabischer Gruppierungen. In den 1950er Jahren fanden antisemitische Dokumente aus Europa wie die *Protokolle der Weisen von Zion* zum ersten Mal Massenverbreitung in der arabischen Welt. Seit etwa Mitte der 1980er Jahre liegt auch eine aktualisierte antisemitische Programmatik des Islamismus vor, die an Vorläufer aus den 1920er und 1930er Jahren anknüpft. In der Satzung der Hamas von 1988 z. B. werden die Juden als Nazis beschimpft, gleichzeitig artikuliert der Text in kaum zu überbietender Radikalität bekannte antisemitische Klischees, auch wenn es in der politischen Alltagspraxis vielfach moderatere Töne gibt. Die libanesische Hisbollah äußert sich ebenfalls sehr radikal zu Israel und den Juden. Seit dem Scheitern des Friedensprozesses stoßen antisemitische oder zumindest sekundäntisemitische Auffassungen, also etwa die Verharmlosung oder Leugnung des Holocaust, im ganzen arabisch/islamischen Raum vermehrt auf Zuspruch. Diese antisemitische Programmatik trägt typische Züge moderner judenfeindlicher Ideologie: Die Juden bzw. der von Juden dominierte amerikanische Weltherrschaftsapparat gelten als Drahtzieher, die überall in der Geschichte die Kriegs- und Revolutionsfäden in der Hand hielten und die Schuld am Niedergang der islamischen Welt trügen; und sie werden zum Sündenbock für die Mo-

dernisierung gemacht, zu den großen Zerstörern und „Zersetzern“ der überlieferten, grandios idealisierten arabisch-islamischen Gemeinschaft und ihrer heiligen Werte.⁵

Notwendige Differenzierungen

Zusammenfassend kann man argumentieren, dass sich Teile der Eliten und der Bevölkerung in den arabisch bzw. islamisch geprägten Ländern im Zuge der Entwicklung des Kampfes gegen den Zionismus bzw. Israel zunehmend auch des von Europa kommenden Antisemitismus bedienen, ihn auch mit religiös begründeten antijüdischen Tendenzen verbinden. Daraus pauschal eine historische Nähe der Araber oder gar des Islam zum Nationalsozialismus zu machen, wie das in einem Teil der (pro)zionistischen Literatur üblich geworden ist, wäre jedoch völlig unangebracht. Alle Welt redet vom Mufti von Jerusalem, aber kaum jemand erwähnt arabische Führungspersonlichkeiten wie z.B. Sultan Mohammed V von Marokko oder die muslimischen Einwohner von Algerien, die sich den antisemitischen Auflagen oder Verlockungen auf Beute des mit Nazi-Deutschland verbündeten französischen Vichy-Regimes im Rahmen ihrer Möglichkeiten widersetzt haben.

Die Reaktionen der arabischen Welt auf den europäischen Antisemitismus, das NS-Regime und den Holocaust waren sehr heterogen. Insgesamt gab es während des Krieges wenig Widerstand gegen die Alliierten, und es haben deutlich mehr arabische Muslime auf der Seite der westlichen Demokratien gekämpft als in militärischen Organisationen Nazi-Deutschlands. In Palästina waren die Grenzen zwischen antizionistischer und antijüdischer Agitation fließend, eine durchgängige ideologische Nähe der Eliten und der Bevölkerung zu Nazi-Deutschland lässt sich jedoch trotz des Mufti und seiner Anhänger nicht nachweisen. In einem Bericht des SD, dem Nachrichtendienst Nazi-Deutschlands, von 1937 heißt es, die arabische Bevölkerung bringe nicht das notwendige Verständnis für die nationalsozialistische Bewegung auf. Die Gegnerschaft gegen die Juden in Palästina beruhe nicht auf Rassenhass, sondern sei dort eine soziale Frage, die sich um den Besitz oder Nicht-Besitz des Bodens drehe; eine „Ju-

denfrage im nationalsozialistischen Sinne“ bestehe in Palästina nicht.⁶

Für die Bewertung der arabischen Politik in Palästina bieten sich auch vergleichende Überlegungen an. Schließlich gab es im ganzen arabischen Raum Widerstand gegen die europäische Kolonialisierung, und zwar längst bevor die Nazis an der Macht waren, wie sich überhaupt weltgeschichtlich die Einheimischen regelmäßig nicht nur gegen Fremdherrschaft und Unterwerfung, sondern auch gegen Siedlungskolonialismus zur Wehr gesetzt haben. Hier liegt in der Tat eine entscheidende Differenz: Der europäische Antisemitismus war (und ist) rein wahnhaft; in Europa waren die Juden als Kollektiv für niemanden eine Bedrohung, von ihnen ging als Gruppe keine eigenständige physische Gewalt aus. In Europa waren die Juden fast überall Opfer. Auch der moderne arabisch/islamische Antisemitismus ist wahnhaft, aber er war von Anfang an mit einem realen politischen Gruppenkonflikt assoziiert oder assoziierbar, in dem *beide Seiten* organisierte Gewalt anwenden.

Der Zusammenhang mit diesem realen Konflikt zeigt sich auch in Israel, wo die Araber bis heute äußerst negativ stereotypisiert und vielfach pauschal mit den Nazis gleichgesetzt werden; keine andere Gruppe, die mit dem Nationalsozialismus (partiell) kollaboriert hat, und das waren auch in Europa nicht wenige, wird in der radikal (pro-)zionistischen Diskussion so auf diese Rolle festgelegt wie die Araber in Palästina. Außerdem wird in Israel die *Nakba*, die palästinensische Katastrophe, bis heute weitläufig verleugnet, und von der aktuellen Unterdrückung der Palästinenser will ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung nichts hören. Was sich in den besetzten Gebieten ereignet, ist zu einer Art Tabu geworden.

Für eine differenzierte Einschätzung des Verhältnisses zwischen Nazi-Deutschland und den Arabern spricht auch eine Betrachtung der arabischen Diplomatie, die verschiedentlich Zustimmung zu einem hohen Anteil jüdischer Bürger mit gleichen Rechten in einem arabischen Gesamtpalästina signalisiert hat. In den Beratungen der Vereinten Nationen 1946-47 haben die arabischen Staaten auch Vetomöglichkeiten für die jüdische Minderheit angeboten. Außerdem haben sie eine faire Lösung für eine internationale Verteilung der heimatlosen Holocaust-Überlebenden vorgeschlagen.

Erweiterung der historischen Perspektive

In jeder Debatte über die Ursprünge des Nahost-Konflikts müssen auch Voraussetzungen diskutiert werden, ohne die das zionistische Projekt nicht ernsthaft in Gang gekommen wäre. An erster Stelle sind hier der europäische Nationalismus und Antisemitismus zu nennen, aber auch Kolonialismus und Imperialismus. Das Projekt einer jüdischen Besiedlung Palästinas mit dem Ziel eines eigenen Nationalstaats als Antwort auf die fast chronische Diskriminierung und Gewalt gegenüber den europäischen Juden ließ sich nur (1) gegen Verheißungen von Selbstbestimmung für die Araber, (2) mit politischer, wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung von außen und (3) am Ende durch gewaltsame Majorisierung realisieren. Einen binationalen Staat wollten, von Minderheiten abgesehen, weder Juden noch Araber; einen jüdisch dominierten Staat aber würden die allermeisten Araber nicht freiwillig akzeptieren.

Kein Geringerer als Wladimir Jabotinsky, der Präsident der Revisionisten (in etwa die Vorläufer des Likud), hatte schon Anfang der zwanziger Jahre offen ausgesprochen, dass die Zielsetzungen der beiden Nationalbewegungen unvereinbar waren: "(...) it is utterly impossible to obtain the voluntary consent of the Palestine Arabs for converting 'Palestine' from an Arab country into a country with a Jewish majority. (...) I suggest that (my readers) consider all the precedents with which they are acquainted, and see whether there is one solitary instance of any colonisation being carried on with the consent of the native population. There is no such precedent. The native populations (...) have always stubbornly resisted the colonists".⁷ Auch für die zionistische Mehrheit um David Ben-Gurion wurden die einheimischen Araber zum „Problem“, schon im Zuge der Auseinandersetzungen in der Mandatszeit und dann vor allem im Krieg 1947/48. Und auch Ben-Gurion schätzte ihren Widerstand viel realistischer ein als manche späteren Interpreten des Nahost-Konflikts, nämlich als Gegenwehr gegen das, was sie als Usurpation *ihres* Landes ansahen.

Der Zionismus ist eine Siedlungsbewegung, die kein eigenes Mutterland mehr

hatte; das historische Mutterland der Juden musste erst wiederhergestellt bzw. neu angeeignet werden. Ohne den europäischen Imperialismus hätte diese Siedlungsbewegung trotz ihrer unbezweifelbaren Pionierleistungen nicht die entscheidenden Voraussetzungen für die spätere Staatsgründung schaffen können. Bei einer wirksamen Mitbestimmung der Araber wäre das Unternehmen eines jüdischen Staates von Anfang an aussichtslos gewesen. Diese Problematik war der westlichen Diplomatie im Prinzip durchaus bekannt. Die King-Crane Kom-

Die Braut war schon vergeben

Nach dem Ersten Zionistischen Kongress in Basel 1897 machten sich Rabbis von Wien auf die Reise nach Palästina, um vor Ort die Chancen für eine „jüdische Heimstätte“ zu sondieren. Sie telegrafierte nach Wien zurück: „Die Braut ist wunderschön, aber sie ist mit einem anderen Mann verheiratet.“

Avi Shlaim: *The Iron Wall. Israel and the Arab World*, New York 2000, S. 3; meine Übersetzung.

mission, die der amerikanische Präsident Woodrow Wilson einberufen hatte, schrieb in ihrem Bericht vom 28. August 1919, die Balfour-Erklärung sei bei genauer Auslegung mit der Zielsetzung der Zionisten, Palästina in einen jüdischen Staat umzuwandeln, nicht vereinbar. Neun Zehntel der Gesamtbevölkerung Palästinas mit einer unbegrenzten jüdischen Einwanderung zu konfrontieren, bedeute nicht nur eine massive Verletzung ihrer bürgerlichen und religiösen Rechte, die die Balfour-Erklärung ausdrücklich anerkenne, sondern auch der Prinzipien, die der amerikanische Präsident am 4. Juli 1918 verkündet habe.⁸

In *diesem* ganzen Komplex liegt *gegenüber den Palästinensern* die entscheidende historische Verantwortung des Westens (im Sinne von Okzident), der seine Unfähigkeit zu einer friedlichen und dauerhaften Integration seiner jüdischen Mitbürger an den Süden, d. h. hier an den Orient delegiert hat. Dabei wurde den Arabern die Mitwirkung verweigert, entgegen völkerrechtlichen Verpflichtungen und wiederholten politischen Zusagen. Der Ursprung des Nahost-Konflikts liegt nicht in der Region, er wurde ihr von Europa (ein-

Zum Weiterlesen

Gilbert Achcar 2010: *The Arabs and the Holocaust*, New York, NY.

Reiner und Judith Bernstein (fortlaufend): Dokumente, Berichte, Nachrichten, Bücher und Termine aus und zu Nahost, www.genfer-initiative.de.

Micha Brumlik 2007: *Kritik des Zionismus*, Hamburg.

John Bunzl 2008: *Israel im Nahen Osten. Eine Einführung*, Wien-Köln-Weimar.

Gert Krell 2008: *Schatten der Vergangenheit. Nazi-Deutschland, Holocaust und Nahost-Konflikt*, HSFK-Report Nr. 7, Frankfurt am Main (mit detaillierten Belegen und ausführlichen Literaturhinweisen für den historischen Teil dieses „Standpunkts“).

Ders. 2010: *Dokumentation zur Menschenrechtslage in den von Israel besetzten Gebieten*, MS Januar 2010 (44 S.).

Ian S. Lustick 1993: *Unsettled States – Disputed Lands. Britain and Ireland, France and Algeria, Israel and the West Bank-Gaza*, Ithaca, N.Y.-London.

Alexandra Senfft 2009: *Fremder Feind, so nah. Begegnungen mit Palästinensern und Israelis*, Hamburg.

Edith Zertal/Akiva Eldar 2007: *Die Herren des Landes. Israel und die Siedlerbewegung seit 1967*, Frankfurt am Main.

Moshe Zimmermann 2010: *Die Angst vor dem Frieden. Das israelische Dilemma*, Berlin.

Ders. (Hrsg.) 2005: *Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik*. Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXIII, 2. Aufl., Göttingen.

Moshe Zuckermann 2010: „Antisemit?“ Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument, Wien.

schließlich des Zionismus, der jüdischen Nationalbewegung) aufgezwungen.

Die Summe historischer Verantwortungen

Wie viele moderne Nationen wurde auch Israel in gewaltsamen Auseinandersetzungen geboren: aus dem „Bürger“-Krieg zwischen Juden und Arabern in Palästina und aus der erfolgreichen Verteidigung gegen den Angriff mehrerer, wenn auch schwacher arabischer Armeen. Als Ergebnis verloren Hunderttausende palästinensischer Araber durch Flucht und Vertreibung ihre Heimat.⁹ Für die historischen Ursachen des Nahost-Konflikts tragen jedoch viele Länder und Völker Mitverantwortung. Hätte Europa die Emanzipationsversprechen der Aufklärung eingelöst, dann wäre der Zionismus die Position einer kleinen Minderheit unter den Juden geblieben. Ohne den europäischen Antisemitismus, die Pogrome im zaristischen Russland und die Anfeindungen gegenüber den Juden in Frankreich, Deutschland und Österreich-Ungarn hätte es die zionistischen Gründungsschriften nicht gegeben. Ohne den polnischen Antisemitismus und den Auswanderungsdruck in den 1920er und 1930er Jahren und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wäre die Einwanderung polnischer Juden in Palästina deutlich geringer ausgefallen. Ohne Nazi-Deutschland und die *Shoah* hätten sich die amerikanischen Juden nicht nahezu einmütig hinter den Zionismus gestellt und ihn nach Kräften politisch und wirtschaftlich unterstützt, hätten führende Politiker der USA und große Teile der politisch relevanten Weltöffentlichkeit die Gründung Israels nicht als eine moralische Notwendigkeit angesehen. Wäre die internationale Staatengemeinschaft, allen voran die USA, offener für die Einwanderung von Juden gewesen, die durch Deutschland und andere europäische Länder verfolgt und bedroht wurden, dann wären gewiss viel weniger nach Palästina gegangen.

Es gäbe kein Israel ohne den britischen Imperialismus und ohne die Balfour-Erklärung, ein Produkt des Ersten Weltkrieges und der europäischen Großmachtkonkurrenz. Und schließlich ist die arabische Seite zu erwähnen, die schon früh nicht mehr in Anspruch nehmen konnte, sich nur ge-

gen die Verdrängung einer ihrer Nationalbewegungen verteidigt zu haben. Schon in der Mandatszeit gab es in mehreren arabischen Ländern antijüdische Pogrome, und in der Folge des ersten israelisch-arabischen Krieges 1948-49, des Suez-Krieges 1956 und des Sechs-Tage-Krieges 1967 kam es zu Auswanderungsdruck bis hin zur Enteignung und Vertreibung jüdischer Bürgerinnen und Bürger aus arabischen Ländern in der Größenordnung von mehreren Hunderttausend – Vorgänge, die in der arabischen Diskussion fast völlig ignoriert werden.

Schlussfolgerungen

Wie die empirische Analyse zeigt, bestehen eine Reihe von Zusammenhängen zwischen der NS-Zeit, dem Holocaust und dem Nahost-Konflikt, aber sie sind keineswegs eindeutig. Gesellschaft und Politik in Deutschland täten gut daran, besser zwischen der Verantwortung, die sich aus den Verbrechen der NS-Zeit ergibt, und der deutschen Haltung im Nahost-Konflikt, der historisch und aktuell seine eigene Dynamik hat, zu unterscheiden. Einfach ist das freilich nicht; mit schwierigen Güterabwägungen und dilemmatischen Situationen ist immer wieder zu rechnen. Das beginnt damit, dass Deutschland gegenüber den Juden

und gegenüber Israel versuchen muss, etwas wieder gut zu machen, was gar nicht wieder gut zu machen ist. Die „Bewältigung“ der verbrecherischen deutschen Vergangenheit kann zunächst und vor allem nur heißen „Gerichtstag zu halten über uns selbst, (...) über die gefährlichen Faktoren in unserer Geschichte, nicht zuletzt alles, was hier inhuman war, woraus sich zugleich ein Bekenntnis zu wahrhaft menschlichen Werten in Vergangenheit und Gegenwart ergibt, wo immer sie gelehrt und verwirklicht wurden und werden“ (Fritz Bauer).¹⁰ Daraus folgt im Einzelnen: Ursachen zu erforschen und Schuld anzuerkennen; die Verfolgten und Ermordeten in Ehren zu halten und die Überlebenden zu unterstützen; der Leugnung, Verharmlosung, Instrumentalisierung und Banalisierung der *Shoah* und jeglichem Rassismus, insbesondere Antisemitismus entgegenzutreten.

Diese Prinzipien gelten auch für das deutsche Verhältnis zum Nahost-Konflikt, und zwar unabhängig von seiner historischen Verursachung. Israel ist heute die Heimat von fast der Hälfte aller Juden weltweit, darunter eine große Zahl von Holocaust-Überlebenden mit ihren Familien. Daraus ergibt sich eine besondere Verpflichtung Deutschlands gegenüber Israels Recht auf Sicherheit, auf Schutz vor Antisemitismus sowie vor Pauschalisierung, ungleichen Maßstäben, unzulässigen Vergleichen oder

Die deutsche Verantwortung und der israelisch-palästinensische Konflikt

„Die Verantwortung aus unserer Geschichte besteht dauerhaft und kann nicht durch einen Schlussstrich beendet werden. (...) Jeglichen antisemitischen Ressentiments treten wir konsequent entgegen. Verpflichtung gegenüber Israel bedeutet auch, dass wir jegliche Versuche, die historische Schuld Deutschlands zu relativieren, entschieden ablehnen. Gleiches gilt für eine Kritik, die nicht auf israelisches Regierungshandeln, sondern auf eine Dämonisierung Israels oder der jüdischen Israelis abzielt.

Wir treten für die Existenz des Staates Israel und die Sicherheit seiner Bürgerinnen ein. Dies heißt allerdings nicht, dass wir uns Sicherheitsbegriffe und Sicherheitsvorstellungen zu eigen machen oder kritiklos akzeptieren, durch welche die Sicherheit Israels auf Kosten der Sicherheit oder des Selbstbestimmungsrechts seiner NachbarInnen durchgesetzt werden soll. (...) Deutsche Verantwortung bedeutet nicht bedingungslose Solidarität mit jeder Politik gleich welcher israelischen Regierung. Bei der Bewertung des israelischen Regierungshandelns wollen wir die gleichen völker- und menschenrechtlichen Maßstäbe anlegen, die auch für andere Staaten gelten.“

Aus: Grundlinien grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina, November 2010

gar Dämonisierung. Tendenzen auf der arabisch/islamischen Seite, die in der antisemitischen ideologischen Tradition des Kollaborateurs Ali al-Husseini stehen, haben sich alle Deutschen auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen entschieden entgegenzustellen.

Was die historischen Ursachen des Nahost-Konflikts angeht, so lässt sich freilich auch eine Mitverantwortung Deutschlands für das Schicksal der Palästinenser festhalten, und zwar auch dann, wenn man es nicht als eine Sekundärfolge der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer Verbrechen sieht. Die Grundkonstellation des Nahost-Konflikts ist älter als NS-Zeit, Holocaust und Kollaboration. Zwar hat der Holocaust die Entscheidung des *Jischuw* für einen eigenen Staat gefestigt und beschleunigt und die Unterstützung von außen begünstigt, aber gefallen war diese Entscheidung schon vorher – spätestens in den dreißiger Jahren, und zwar im Zusammenhang mit dem arabischen Aufstand 1936-39 und der Wende der britischen Palästina-Politik im Weißbuch von 1939. Auch das Teilungskonzept und die Idee eines „Transfers“ von Teilen der arabischen Bevölkerung stammen aus den dreißiger Jahren.

In seinen Ursprüngen war der Zionismus, der sich in die Tradition des europäischen Siedlungskolonialismus stellte und sich den britischen Imperialismus zunutze machte, eine Reaktion auf den europäischen Nationalismus und Antisemitismus des 19. und frühen 20. Jhdts. Führenden Zionisten war von Anfang an klar, dass die Vision einer nationalen Heimstätte in Palästina als Antwort auf chronische Diskriminierung und Gewalt nur gegen Widerstand und zu Lasten der einheimischen Araber zu realisieren sein würde. Vor diesem Hintergrund sind die Palästinenser in der Tat Folgeopfer des europäischen Nationalismus (einschließlich des Zionismus) und der Unfähigkeit Europas geworden, seine jüdischen Mitbürger dauerhaft friedlich und gleichberechtigt zu integrieren.

Durch diese Zusammenhänge erhält die deutsche Nahost-Politik zusätzliche Brisanz. Deutschland muss Israel nicht nur aufgrund des Holocaust in besonderer Weise gerecht werden, sondern auch als ein Land, das aus einer doppelten gesamt-europäischen Problematik heraus entstanden ist: Diskriminierung und Verfolgung

mit der Reaktion eines nationalistischen Siedlungskolonialismus, dessen Folgen andere zu tragen hatten und in Form gravierender Verletzungen ihrer Menschen- und Bürgerrechte immer noch tragen. Nun liegen die grundlegenden Parameter für eine Beendigung des Nahost-Konflikts und der damit verbundenen konkurrierenden historischen und moralischen Ansprüche, damit zugleich auch für die verschiedenen moralischen und politischen Verantwortungen Deutschlands seit langem auf dem Tisch: in Form von gemeinsam ausgearbeiteten Friedensplänen der Zivilgesellschaft wie den Genfer Vereinbarungen von 2003/2009, in Form arabischer Initiativen mit im Grundsatz ähnlicher Programmatik oder auch in Form von Annäherungen, die schon in früheren Verhandlungen für einen tragfähigen Frieden zwischen Israel und den Palästinensern erzielt worden waren. Im Zentrum all dieser Bemühungen stehen die Grenzen von 1967 als Grundlage, die im Übrigen auch für das Nahost-Quartett gelten. Das aktuelle Problem besteht darin, dass sich die gegenwärtige israelische Regierung bislang über all das großzügig hinweggesetzt hat.

Es bleibt zu prüfen, ob die Anerkennung eines palästinensischen Staates, so wie sie von Präsident Abbas angestrebt wird, die Sicherheit Israels beeinträchtigt. Täte sie das, müsste die deutsche Regierung bei ihrem gegenwärtigen Nein bleiben. In der Tat hat der israelische Premier argumentiert, die Grenzen von 1967 seien nicht zu verteidigen. Schon historisch vermag diese Argumentation jedoch nicht zu überzeugen. Gewiss hat der Zionismus, haben die Vorläufer des Likud, aber auch Teile der Arbeitsparteien historisch sich immer schon einen Staat gewünscht oder sogar angestrebt, der größer sein sollte als das Israel in den Grenzen von 1967. De facto aber haben der *Jischuw* und Israel die Grenzen von 1967 und sogar noch engere Grenzen wiederholt erfolgreich verteidigt. Und in der konkreten Situation des Sechs-Tage-Krieges stand eine Eroberung Ostjerusalems und der West Bank zunächst keineswegs auf der Tagesordnung; sie ergab sich erst aus dem für Israel sehr günstigen Verlauf des Krieges. Was die Zukunft angeht, so ist äußerst fraglich, ob sich Israels Sicherheitslage im engeren geopolitischen Sinne durch eine Annexion von Teilen der Westbank

Anmerkungen

- 1 Alexander Schölch: Das dritte Reich, die zionistische Bewegung und der Palästina-Konflikt, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 30:4 (1982), S. 646-674, hier S. 646.
- 2 Fritz Stern: Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen, München 2007, S. 144.
- 3 Zitiert nach Peter Freimark: Zum Selbstverständnis jüdischer Nationalität und Staatlichkeit in Palästina, in: Helmut Mejercher (Hrsg.): Die Palästina-Frage 1917-1948, 2. Aufl., Paderborn 1993, S. 49-74, hier S. 62.
- 4 Yehuda Bauer: Rethinking the Holocaust, New Haven und London 2002, S. 201.
- 5 Vgl. dazu Klaus Holz: Die Gegenwart des Antisemitismus. Islamistische, demokratische und antizionistische Judenfeindschaft, Hamburg 2005.
- 6 Zitiert bei René Wildangel: Zwischen Achse und Mandatsmacht. Palästina und der Nationalsozialismus, Berlin 2007, S. 103.
- 7 Vladimir Jabotinsky: The Iron Wall, in: The Jewish Herald vom 26. November 1937 (zuerst 1923 auf russisch erschienen), hier zitiert nach <http://writingrights.org/2010/06/14/zev-jabotinskys-the-iron-wall-from-the-south-african-jewish-herald-26-november-1937> (12.5.2011).
- 8 Vgl. The King-Crane Commission (Recommendations): in: Walter Laqueur/Barry Rubin (eds.): The Israel-Arab Reader. A Documentary History of the Middle East Conflict, 6. Aufl., New York-London-Toronto 2001, S. 23-25.
- 9 Vgl. dazu Benny Morris: 1948. A History of the First Arab-Israeli War, New Haven-London 2008.
- 10 Fritz Bauer: Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns, Frankfurt am Main 1965, S. 66.

* Für Anregungen und Kritik bin ich Martin Altmeyer, Reiner Bernstein, Michael Ingber, Egbert Jahn, Reiner Steinweg und mehreren Mitgliedern des Forschungsrats der HSFK zu Dank verpflichtet.

grundlegend verbessern würde. Moderne Raketentechnologie lässt sich bekanntlich von ein paar Kilometern Entfernung mehr nicht beeindrucken. Israel könnte viel mehr für seine Sicherheit gewinnen, wenn es zu einer tragfähigen Friedensvereinbarung mit dem zu gründenden palästinensischen Staat käme. Damit wäre das Verhältnis zu den gemäßigten Palästinensern und arabischen Staaten aller Voraussicht nach befriedet, und den Israel übel wollenden Regimen und Gruppierungen wäre ein Pfund aus der Hand genommen, mit dem sie nicht mehr wuchern könnten.

Diejenigen politischen Kräfte in Israel, die auf die inzwischen israelisch besiedelten Teile in den besetzten Territorien nicht mehr verzichten wollen, führen selbst gar nicht in erster Linie Sicherheitsargumente ins Feld, sondern beanspruchen „Judäa“ und „Samaria“ oder zumindest Teile davon mit nationalistischen oder pseudoreligiösen Gründen als genuin jüdische Gebiete. Den Hinweis auf Besitzrechte, die aus einer seit Jahrtausenden nicht mehr bestehenden Besiedlung und Staatlichkeit abgeleitet werden, hatte schon 1919 die King-Crane Kommission als abwegig bezeichnet, und er erweist sich als besonders problematisch, wenn er gleichzeitig mit dem Verbot der Rückkehr derjenigen Palästinenser ins israelische Kernland verbunden ist, die noch bis vor gut sechzig Jahren dort lebten und vor hundert Jahren sogar noch die überwältigende Mehrheit stellten.

Siedlungskolonialisten und ihre nationalistischen Verbündeten in den Mutter- oder Kernländern sind ein zentrales Hindernis,

wenn es darum geht, Korrekturen an der politischen Programmatik vorzunehmen, die es erlauben, mit den rebellierenden Kolonialisierten Frieden zu schließen (siehe dazu grundlegend und vergleichend Lustick 1993). Für ihre vermeintlichen Rechte nehmen sie sogar Mord oder Bürgerkrieg in Kauf. In jedem Fall sind sie äußerst wirksame Veto-Gruppen, die es auch einsichtigen Mehrheiten schwer machen, die erforderlichen Kompromisse zu vereinbaren. Laut einer Blitzumfrage sind 57% der Israelis der Meinung, ihr Premierminister hätte besser Obamas Friedensvorschlägen zugestimmt (FR, 26.5.2011, 12). Die jetzige israelische Regierung jedoch hat den Friedensprozess so lange und so hartnäckig blockiert, dass auch die jüngsten Andeutungen eines Wandels wenig Vertrauen erwecken. Deshalb stünde es der Bundesrepublik Deutschland gut an, wenn sie im September dem Antrag auf Aufnahme eines

palästinensischen Staates in die Vereinten Nationen zustimmen würde, sofern die Essentials ihrer Nahost-Politik gesichert bleiben: die Anerkennung des Existenzrechts Israels und der Gewaltverzicht aller relevanten Konfliktparteien. Die Erblast des Holocaust stünde einem solchen Schritt nicht entgegen.



Dr. Gert Krell ist Professor em. für Internationale Politik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er war 1971-1977 wissenschaftlicher Mitarbeiter und 1981-1995 Forschungsgruppenleiter bei der HSFK. Weitere Informationen: www.gert-krell.de.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 45 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie zu „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Information, Beratung und Vermittlung“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“, der Arbeitsbereich Friedenspädagogik sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332